

# Ein Unding!

Mobilfunkanlage auf Seniorenwohnhaus sendet schon

Vor sechs Jahren hat die Evangelische Gesamtkirchengemeinde in einem Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren eine Mobilfunkantenne auf ihrem Seniorenwohnhaus in der Bismarckstraße 57 genehmigt – gegen den Willen der Bewohnerinnen und der umliegenden Anwohner. Seit kurzem sendet die Anlage, und die Kirche will nun wieder aus dem Kontrakt aussteigen – allerdings ist es dafür wohl zu spät.

■ S-WEST – Den 4. Juli 2006 wird Peter Hensinger nicht mehr so schnell vergessen: Gerade war er von der Arbeit nach Hause in seine Wohnung in der Bismarckstraße 63 gekommen, da fiel ihm etwas Ungewöhnliches auf: Handwerker machten sich auf dem Dach des nachbarlichen Seniorenwohnhauses daran, je sechs UMTS- und GMS- Sendeanlagen zu installieren.

Eine Nachfrage bei den umliegenden Anwohnern ergab, dass keiner über diesen Mobilfunkmast informiert worden war. „Nicht mal die Bewohner des Seniorenwohnhauses selbst oder wir Anwohner. Ein Unding!“, ärgert sich der Stuttgarter. Seitdem kämpft er mit 80 Mitstreitern in einer Bürgerinitiative gegen den Mobilfunkmast. Gemeinsam fordern sie, dass die Anlage umgehend wieder abgebaut wird. Weiterhin

solle die evangelische Gesamtkirchengemeinde, Eigentümer der Immobilie, auf der die Anlage installiert wurde, den Vertrag mit dem Mobilfunkbetreiber Vodafone sofort kündigen.

„Zwischen 20 und 300 Meter entfernt liegen acht Kindergärten, zwei Grundschulen und weitere Kinderspielplätze. Warum setzt man diese Kinder den Strahlungen der Mobilfunkanlage aus?“ Hensinger kann die Entscheidung der evangelischen Gesamtkirchengemeinde nicht nachvollziehen. Er selbst sei in seiner Wohnung gerade mal 35 Meter Luftlinie von der Anlage entfernt und müsse nun eine Gesundheitsgefährdung befürchten. Eine, die noch viel dichter

» Keiner war über diesen Mobilfunkmast informiert worden. «

ter einer möglichen Gefährdung durch die elektromagnetischen Felder ausgesetzt ist, ist Inge Lang. Sie ist eine der Bewohner der Seniorenwohnanlage und ebenso erbost wie Peter Hensinger. „Vor fünf oder sechs Jahren wurden die Bewohner des Hauses gefragt, ob wir damit einverstanden seien, dass auf dem Dach des Hauses eine Mobilfunkanlage installiert wird. Es gab sogar eine Unterschriftensammlung. Alle waren dagegen, und wir dachten, damit hätte sich das Thema erledigt“, berichtet sie. Plötzlich habe man dann im Juli dieses Jahres gese-



Die Anlage in der Bismarckstraße 57 ist schon in Betrieb. Ist hier eine Gesundheitsgefährdung zu befürchten?

Foto: aro

hen, dass doch eine Anlage gebaut wurde.

Entrüstet habe sie dann sofort Kirchenpfleger Hermann Beck von der evangelischen Gesamtkirchengemeinde einen Brief geschrieben. Sie wollte von ihm wissen, warum dieser Vertrag über die

Mobilfunkanlage zustande kam und vor allem warum die Bewohner nicht informiert wurden. „Es kamen nur ausweichende Antworten zu der Baulichkeit an sich und die lapidare Mitteilung, man habe vergessen, uns zu informieren“, ärgert sie sich. Zwar

würde es nun seit kurzem von kirchlicher Seite aus heißen, der Vertrag wäre ein Fehler gewesen und man wolle alles dafür tun, aus diesem wieder raus zukommen, aber das sei sicher kaum möglich. Auch die Tatsache, dass das Haus unter Denkmalschutz steht,

hilft den Betroffenen nicht weiter. Denn im Februar dieses Jahres hat die Denkmalschutzbehörde die Antenne genehmigt. Die Zulassung des Baurechtsamts konnten die Mobilfunkbetreiber schon im Mai 2005 vorlegen.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

# Ein Unding . . .

... Wolfgang Hartmann, stellvertretender Leiter des Baurechtsamts, hätte die Genehmigung nur verweigern können, wenn das Grundstück nicht der evangelischen Gesamtkirchengemeinde, sondern der Stadt Stuttgart gehören würde. In solch einem Fall gibt es eine freiwillige Verpflichtung der Stadt bezüglich Mobilfunkanlagen.

Dann sollen die Anlagen nicht in der Nähe von Altenheimen oder Kindergärten stehen dürfen. „Auf einem städtischem Gebäude hätte es keine Genehmigung gegeben“, stellt Hartmann klar.

Auch wenn es momentan noch völlig unklar ist, welche Auswirkungen Elektrosmog langfristig hat, schließt Hartmann die Gefahr einer gesundheitlichen Beeinträchtigung aus: „Laut den durchgeführten Messungen werden die erforderlichen Grenzwerte eingehalten.“ Dem stimmt auch Jens Helldobler, Pressesprecher des Standortbetreibers Vodafone, zu. Er versteht die Aufregung um den Standort Bismarckstraße 57 nicht: „Es wurden vor Ort die elektromagnetischen Fel-

der simuliert und ausgemessen. Dabei lagen die ermittelten Werte mit 0,01395 Watt weit unter dem zulässigen Grenzwert von zehn Watt Sendeleistung.“ Peter Hensinger und die Mitglieder der Bürgerinitiative wollen sich damit nicht zufrieden geben. „Alle 13 Einsprüche gegen die Anlage sind von der Stadt abgewiesen worden. Dagegen haben drei Anwohner Widerspruch eingelegt, der momentan vom Regierungspräsidium geprüft wird“, informiert Hensinger über den aktuellen Stand.

Die Bürgerinitiative hat nun einen offenen Brief an Oberbürgermeister Schuster geschrieben und fordert ihn zu einem Lokaltermin auf. Hensinger hofft außerdem, dass die Kirche ihr Versprechen einhält, alles zu tun, um aus dem Vertrag auszusteigen. Doch die Zeit wird langsam knapp, denn die Anlage ist bereits seit dem 10. August in Betrieb.

Nächste Informations- und Protestveranstaltung: Dienstag, 3. Oktober, 19.30, Bürgerzentrum West, Bebelstraße 22. aro